

Niederschrift
über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
am 29.01.2013

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Hoffmann
Herr Jung
Herr Meichsner
Herr Nettelstroth, Stellv. Vorsitzender
Herr Röwekamp

SPD

Frau Brinkmann, bis 21.00 Uhr
Herr Diembeck
Herr Fortmeier, Vorsitzender
Herr Franz
Herr Grube, bis 18.00 Uhr, TOP 4.4
Frau Klemme-Linnenbrügger, ab 18.00 Uhr, TOP 4.4

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler
Frau Weiß

BfB

Frau Pape

FDP

Herr Bolte

Die Linke

Herr Stiesch

Beratende Mitglieder

Bürgernähe

Herr Schmelz

Beirat für Behindertenfragen

Herr Baum, bis 19.00 Uhr

Seniorenrat

Herr Dr. Tiemann, bis 19.45 Uhr, TOP 8

Integrationsrat

Frau Dr. Youmba-Batana, ab 17.45 Uhr bis 19.30 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Moss	Beigeordneter Dezernat 4
Frau Thiede	Dezernat 4
Herr Lewald	Dezernat 4
Herr Thiel	Amt für Verkehr
Herr Schütte	Amt für Verkehr
Herr Ellermann	Bauamt

Schriftführung

Frau Ostermann	Bauamt
----------------	--------

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Fortmeier begrüßt die Anwesenden zur 39. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde.

Herr Fortmeier teilt mit, dass die Genehmigung der Niederschriften abzusetzen ist, weil zu wenig Zeit vorhanden war, diese durchzuarbeiten. Ebenfalls abgesetzt wird TOP 5.1 (Aufstellung Bebauungsplan Nr. I/B 58 „Wohngebiet Auf den Hüchten“). Aufgrund einiger Änderungen in der Bezirksvertretung Brackwede wird hier für die nächste Sitzung eine Nachtragsvorlage erstellt. Weiter wird der TOP 26.1 (Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/St 50 „Wohnen und Arbeiten auf dem Schillinggelände“) abgesetzt, weil er in der Bezirksvertretung Sennestadt in 1. Lesung beraten wurde.

Herr Meichsner hat für die CDU-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Er bitte um einen Bericht der Verwaltung zum zeitlichen Ausbauablauf der Restbaumaßnahmen Kesselbrink unter der besonderen Berücksichtigung der Zahl und Herstellung von öffentlichen Parkplätzen. Er begründet die Dringlichkeit mit der besonders schwierigen Situation der Kaufleute, Freiberufler und sonstigen Gewerbetreibenden rund um den Kesselbrink aufgrund der zeitlichen Verschiebungen der Fertigstellungen und der von den Betroffenen beklagten mangelnden persönlichen Planungsperspektiven.

Zur Tagesordnung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Dringlichkeit des Antrages der CDU-Fraktion für einen Bericht der Verwaltung zum zeitlichen Ausbauablauf der Restbaumaßnahmen Kesselbrink wird nachvollzogen und als TOP 6.1 auf die Tagesordnung gesetzt.

- einstimmig beschlossen -

Beratungsfolge: 2, 4, 5, 6, 17, 7, 8,9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 21.....

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften über die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses****Zu Punkt 1.1 Niederschrift vom 20.11.2012 - Nr. 37**

- abgesetzt -

Zu Punkt 1.2 Niederschrift vom 11.12.2012 - Nr. 38

- abgesetzt -

Zu Punkt 2 Mitteilungen**Zu Punkt 2.1 Baumaßnahme Herforder Straße**

Herr Nettelstroth bittet hierzu um einen Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

**Zu Punkt 2.2 Kommunikationskonzept Stadtbahn 2030
Ausschreibung Kommunikationskonzept/ Moderation der
Bürgerbeteiligung**

Herr Moss erinnert, dass er bereits in den letzten StEA Sitzungen berichtet habe, dass die moBiel GmbH in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung die anstehenden Netzerweiterungen der Stadtbahn mit einem konstruktiven öffentlichen Kommunikationsprozess begleiten möchte. Die Bürgerinnen und Bürger sollen aktiv in die Planungen einbezogen, Planungsentscheidungen transparent und nachvollziehbar aufbereitet werden. Gesamtstädtische und teilräumliche Partizipationsangebote sollen den Kommunikationsprozess für die Streckenerweiterungen in die Stadtteile Heepen, Hillegossen und Sennestadt sowie die Maßnahmen in der Innenstadt befördern.

Die moBiel hat für das Kommunikations- und Beteiligungsverfahren ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Mitte Januar 2013 erfolgte die Beauftragung. Auftragnehmer ist das Büro agl - angewandte geographie, landschafts-, stadt- und raumplanung aus Saarbrücken in Kooperation mit BPW baumgart+partner, stadt- und

regionalplanung aus Bremen und der Zivilarena GmbH aus Berlin.

Derzeit wird das Kommunikations- und Beteiligungsverfahren gemeinsam konkretisiert. Dazu hat bereits ein Auftaktgespräch zwischen den Auftragnehmern sowie Vertretern der Stadtverwaltung und von moBiel stattgefunden. Sobald ein konkreter Vorschlag zum Verfahren vorliegt, wird dieser in einem erweiterten Akteurskreis aus Politik, Verwaltung und Institutionen diskutiert und das weitere Vorgehen vereinbart werden. Geplanter Start für den öffentlichen Beteiligungsprozess ist nach derzeitigem Stand Ende April 2013.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.3

Einstellung des Planfeststellungsverfahrens für die Stadtbahnverlängerung Babenhausen Süd-Theesen

Herr Moss teilt mit, dass man heute Mittag eine Email der Bezirksregierung Detmold erhalten habe und sich darüber gewundert habe, dass diese bereits in den Medien veröffentlicht wurde. Darin heiße es, dass das auf Antrag der Stadt Bielefeld vom 05.12.2002 eingeleitete Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Stadtbahnstrecke 5, Streckenabschnitt Babenhausen Süd /Splittenbreite – Theesen (Homannsweg) hiermit eingestellt wird. Dieses Schreiben ist eine Vorabankündigung, offiziell sei es noch nicht bei der Stadt Bielefeld angekommen. Dieses Schreiben werde dem Protokoll beigefügt werden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.4

Luftreinhalteplan Halle

Herr Thiel teilt mit, dass der Luftreinhalteplan Halle fertig gestellt sei und zur Einsicht ausliege. Man könne ihn einsehen bei der Stadt Halle und in Bielefeld bei der Außenstelle der Bezirksregierung Detmold in der Stapenhorststraße 62. Die Auslegungsfrist endet am 25.02.13. Bis zum 11.03.2013 sind jedoch schriftliche Stellungnahmen möglich.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Mögliche Rechtsmittel von Anwohnern gegen Luftreinhalteplan

Herr Thiel teilt mit, dass die Bezirksvertretung Brackwede die Verwaltung beauftragt hatte, mögliche Rechtsmittel der Bürgerinnen und Bürger so wie der Stadt Bielefeld gegen den Luftreinhalteplan Halle zu prüfen. Das Amt für Verkehr habe dazu mit dem Rechtsamt eine umfassende Stellungnahme erarbeitet. Diese werde in den Sitzungen der Bezirksvertretung Mitte und der Bezirksvertretung Brackwede verlesen werden. Er werde allen Mitgliedern ein Exemplar der Stellungnahme zukommen lassen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.6 Bürgerinformationsveranstaltung der BV Brackwede

Herr Thiel teilt mit, dass die Bezirksvertretung Brackwede um eine Bürgerinformationsveranstaltung gebeten habe. Sie sehen sich wegen der geplanten LKW-Umleitung im Zuge des Luftreinhalteplanes Halle im Bereich Ummeln und Brockhagener Straße als besonders betroffen an. Derzeit werde nach einem Termin zwischen der Bezirksbürgermeisterin, dem Amt für Verkehr, der Bezirksregierung und Herrn Moss gesucht. Dieser Termin soll auf jeden Fall vor der Februar-Sitzung stattfinden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.7 Baumaßnahme Werther Straße in Ortsdurchfahrt vor Bezirksamt

Herr Thiel teilt mit, dass der Ausschuss seinerzeit beschlossen habe, dass dort gebaut werde, um die Situation übersichtlicher zu machen. Der Ausbau wird in drei Schritten durchgeführt. Im letzten Jahr sei bereits die Deckenerneuerung erfolgt und die Mittelinsel gebaut worden. Der zweite Schritt sei die neue Buswendeschleife am Vulsiekshof gewesen, die Ende des letzten Jahres in Betrieb genommen wurde. Der dritte Schritt sei jetzt der Ausbau der Bushaltestelle vor dem Bezirksamt und der Sparkasse nach erfolgtem Grunderwerb. Diese Maßnahme werde ebenso wie die Maßnahme Buswendeschleife aus der ÖPNV-Pauschale bezahlt. Die Maßnahme sei jetzt ausgeschrieben und mit unter 125.000 € vergeben worden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.8 Baulastwechsel B 68

Herr Thiel teilt mit, dass wegen der A 33 an der B 68 in Kürze ein

Baulastwechsel erfolge. Die B 68 werde dann zur Landstraße. Der Landesbetrieb wird die Straße jedoch nur übernehmen, wenn der Bund vorher die regulären Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt hat. Der Landesbetrieb fordere in einigen Teilen eine Deckenerneuerung. Weiter sei der Landesbetrieb an die Stadt Bielefeld herangetreten, weil er etwas für die Radfahrer tun möchte. Man habe vorgeschlagen, die überbreiten Fahrbahnen von 3,75 m auf 3,25 m zu reduzieren. Dadurch können die heute vorhandenen Mehrzweckstreifen zu ca. 2 m breiten Radfahrstreifen ummarkiert werden.

Noch in diesem Jahr wird es in dem Bereich zwischen der Gütersloher Straße und der Eisenbahnüberführung eine Deckenerneuerung geben. In den östlich anschließenden Bereichen bis zur A 2 wird der Erneuerungsbedarf noch untersucht. Erste Einschätzungen gehen davon aus, dass eine Deckenerneuerung nur in den Bereichen der Knotenpunkte notwendig sei. Die Fahrradstreifen werden nur in den Bereichen angelegt, wo tatsächlich eine Deckenerneuerung durchgeführt wird und sich sinnvolle, in sich geschlossene Führungen ergeben.

Herr Fortmeier gibt zu bedenken, dass darauf zu achten sei, dass nicht viel Geld für eine Deckensanierung ausgegeben wird, wenn hinterher über die Straße die Stadtbahn geführt wird.

Herr Nettelstroth teilt mit, dass er bei der Landesregierung eine Anfrage gestellt habe, wie man damit umgehe, dass auf dem Teilstück später die Stadtbahn fahren soll.

Außerdem habe er die Frage gestellt, wie man mit den Kosten umgehe und ob man gegebenenfalls auf eine Stadtbahntrasse Rücksicht nehmen wolle. Er sei gespannt auf die Antwort.

Herr Bolte teilt mit, dass man diese Thematik bereits in der Bezirksvertretung Senne besprochen habe. Man wolle gemeinsam mit der Bezirksvertretung Brackwede und Sennestadt hier einen Beschluss erreichen.

Herr Fortmeier bittet rechtzeitig um eine Vorlage, bevor etwas passiert. Hier könnte die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage von Herrn Nettelstroth mit einfließen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 4

Haushalt 2013

Herr Fortmeier teilt mit, dass der Finanz- und Personalausschuss in 14 Tagen seine Abschlussberatungen in 2-tägiger Sitzung durchführt. Die

heutigen Beschlüsse zum Haushalts- und Stellenplan 2013 werden vorbehaltlich der Schlussabstimmung im Finanz- und Personalausschuss getroffen.

Herr Nettelstroth weist auf die besondere Situation in diesem Fachbereich hin, weil er personell ständig unterbesetzt sei und nötige Neueinstellungen nicht erfolgen. Dieses wirke sich auch auf die Qualität der Arbeit aus.

Zu Punkt 4.1 Haushalts- und Stellenplan 2013 des Stabes des Dezernates 4

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4938/2009-2014

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. **Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.21 - Verwaltungsleitung - Dezernat Planen/Bauen - mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,00 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 339.067,00 € wird zugestimmt.**
2. **Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.21 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 600,00 € wird zugestimmt.**
3. **Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.21 wird zugestimmt.**
4. **Der Fortschreibung der HSK-Maßnahme Nr. 185 des Stabes des Dezernates 4 wird zugestimmt.**
5. **Dem Stellenplan 2013 für den Stab des Dezernates 4 wird zugestimmt.**
6. **In der Beschreibung der Produktgruppe und des Produktes ist die Bezeichnung „Vermessungs- und Katasteramt“ in „Amt für Geoinformation und Kataster“ zu ändern.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Haushaltsplan und Stellenplan 2013 des Bauamtes

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4910/2009-2014

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der

Produktgruppe	mit ordentlichen Erträgen in Höhe von	u. ordentlichen Aufwendungen in Höhe von
• 11.01.65	0 €	111.790 €
• 11.09.01	4.378.999 €	5.791.475 €
• 11.09.02	111.773 €	2.197.043 €
• 11.10.01	2.164.370 €	3.965.976 €
• 11.10.02	47.885 €	424.562 €
• 11.10.03	17.751 €	466.462 €
• 11.10.04	220.879 €	650.735 €
• 11.10.06	43.765 €	309.646 €
• 11.10.07	0 €	164.122 €
• 11.10.10	76.000 €	284.912 €

wird zugestimmt.

2. Den Teilfinanzplänen A der

- **Produktgruppe 11.09.01 im Jahr 2013 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 2.817.400 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 3.462.200 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.302.400 €,**
- **Produktgruppe 11.10.01 im Jahr 2013 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 11.555 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 €**

wird unter Berücksichtigung der Veränderungen gemäß Anlage 1 zugestimmt.

3. Den Maßnahmen der Teilfinanzplänen B in 2013 der

- **Produktgruppe 11.09.01**
- **Produktgruppe 11.10.01**

wird zugestimmt.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.09.01 und 11.10.06 für den Haushaltsplan 2013 wird zugestimmt.

5. Den Zielen und Kennzahlen

- **der Produktgruppe 11.01.65 – StEA u. Beirat f. Stadtgestaltung**
- **der Produktgruppe 11.09.01 – Generelle räumliche Planung**
- **der Produktgruppe 11.09.02 – Teilräumliche Planung**
- **der Produktgruppe 11.10.01 – Maßnahmen der Bauaufsicht**
- **der Produktgruppe 11.10.02 – Beratung/Information vor Antragstellung**
- **der Produktgruppe 11.10.03 – Maßn. Denkmalschutz/Stadtgestaltung**
- **der Produktgruppe 11.10.04 – Wohnungsbauförderung**
- **der Produktgruppe 11.10.06 – Wohnraumüberwachung**
- **der Produktgruppe 11.10.07 – Wohnungsmarktbeobachtung**
- **der Produktgruppe 11.10.10 – Maßnahmen der Baustatik**

wird zugestimmt.

6. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 188 - 199 des Amtes 600 wird zugestimmt.

7. Dem Stellenplan 2013 für das Amt 600 Bauamt wird unter Berücksichtigung beigefügter Veränderungsliste (s. Anlage

2) zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Haushaltsplan und Stellenplan 2013 des Amtes für Geoinformation und Kataster

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4987/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der

Produktgruppe 11.09.03 im Jahre 2013 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 877.537 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4.808.017 €;

Produktgruppe 11.09.04 im Jahre 2013 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 124.082 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 781.126 € und Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von 6.000 €;

Produktgruppe 11.09.06 im Jahre 2013 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 116.354 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 460.767 €.

wird zugestimmt.

2. Den Teilfinanzplänen A der

Produktgruppe 11.09.03 im Jahr 2013 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 500 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 49.100 €;

Produktgruppe 11.09.04 im Jahr 2013 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 2.850 €;

Produktgruppe 11.09.06 im Jahr 2013 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 400 €

wird zugestimmt.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.09.03 und 11.09.06 für den Haushaltsplan 2013 wird zugestimmt.

4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen

11.09.03 – Vermess., Erheb. u. Führung Geobasisdaten -,
11.09.04 – Geoinformationsdienste, – datenmanagement –
und
11.09.06 – Grundstückswertermittlung -

wird zugestimmt

5. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 204 und 205 des Amtes für Geoinformation und Kataster wird zugestimmt. Die HSK-Maßnahmeblätter sind in der Anlage 1 beigelegt.
6. Dem Stellenplan 2013 für das Amt für Geoinformation und Kataster wird zugestimmt (Anlage 2 Veränderungsliste Stellenplan).

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Haushaltsplan und Stellenplan 2013 des Amtes für Verkehr

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5029/2009-2014

Drucksachennummer: 5029/2009-2014/1

Herr Moss bezieht sich auf die Nachtragsvorlage, aus der sich ergibt, dass die Maßnahme „Wertherstraße“ zugunsten der Maßnahme „Straßen um den Kesselbrink“ getauscht wurde. Er schlägt vor, den Dringlichkeitsantrag von Herrn Meichsner zur Parksituation am Kesselbrink unter diesem TOP mit zu beraten.

Auf Nachfrage von Herrn Fortmeier gibt es zu diesem Vorschlag im Ausschuss keinen Widerspruch. Der TOP 6.1 wird mit diesem TOP verbunden.

Herr Moss begründet den Tausch damit, dass man bei der Stadt Bielefeld Probleme mit dem sogenannten „Kreditdeckel“ habe. Dieser dürfe 23 Millionen Euro im Jahr nicht überschreiten und man müsse sich

in diesem Kreditrahmen bewegen. Man müsse daher sehr genau überlegen, wo man investiv tätig werde. Insbesondere bei Neubaumaßnahmen gebe es große Probleme, und man müsse sehr genau prüfen, welche Maßnahmen durchgeführt werden können. Er halte es nicht für sinnvoll, den Kesselbrink fertig zu stellen und die umliegenden Straßen liegen zu lassen. Man sollte diese Baustelle jetzt zu Ende bringen. Es ist das Ziel, zum NRW-Tag im nächsten Jahr, einen fertigen Kesselbrink zu präsentieren.

Herr Thiel ergänzt, dass auf dem Kesselbrink bis Ende März noch Restpflasterungen durchgeführt werden. Weiter müssen noch die Betonarbeiten für die Skateranlage erfolgen. Hierfür sind höhere Temperaturen erforderlich. Nachdem jetzt die Schlosserarbeiten im BISB vergeben wurde, wird der Platz voraussichtlich Ende April fertig sein. Wenn der Beschlussvorschlag heute Zustimmung finde und der Haushalt genehmigt wird, könne mit den Straßenbaumaßnahmen zum 01. Juni 2013 begonnen werden. Bis September etwa würde man in der Friedrich-Ebert-Straße bauen. Bei der Friedrich-Ebert-Straße und der August-Bebel-Straße muss unter Vollsperrung gearbeitet werden. Bei der Friedrich-Verleger-Straße werde man halbseitig bauen, weil man sonst nicht in der Lage sei, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Es seien Abstimmungen mit der Polizei und mit moBiel wegen der Busführungen nötig gewesen. Er erläutert, wo an der Friedrich-Ebert-Straße sehr einfach gestaltete provisorische Parkplätze errichtet werden können, dass man dort im April und Mai parken könne. Nach Fertigstellung der Straße stehen ab September dann an der Friedrich-Ebert-Straße alle geplanten Parkplätze zur Verfügung. An der Friedrich-Verleger-Straße würde zunächst die Hälfte der Parkplätze provisorisch hergestellt werden und mit Parkscheinautomaten versehen werden, damit es nicht zu Dauerparken kommt. Die übrigen Flächen werden für die Baustelleneinrichtung benötigt. Die Baustelleneinrichtung dürfe keinesfalls auf dem neuerstellten Kesselbrink oder dem Philipp-Reis-Platz vor der Volksbank erfolgen, weil sonst mit großen Schäden zu rechnen ist. Nach Abschluss der Baumaßnahmen stehen 95 Plätze oberirdisch zur Verfügung. Insgesamt werden dort 4 Millionen Euro einschließlich der Beleuchtung und der Signalanlagen verbaut werden.

Herr Meichsner äußert seine Bedenken wegen der Vollsperrung der August-Bebel-Straße. Bei der letzten Vollsperrung der August-Bebel-Straße habe zumindest die Straße am Kesselbrink zur Verfügung gestanden. Weiter weise er darauf hin, dass die Parkplätze da sein müssen, wo die Menschen sind, die sie brauchen.

Frau Weiß berichtet, dass die Kommunikation im Rahmen der Baumaßnahme mit den Geschäftsleuten wohl nicht optimal gelaufen sei. Sie bitte darum, dass die Einrichtung der provisorischen Parkplätze und die Baustelleneinrichtung mit den Betroffenen besprochen wird. Die Markteröffnung solle mit einem großen Fest bereits vor Fertigstellung des Kesselbrinks Ende April erfolgen. Sie frage, ob sichergestellt sei, dass es nicht zu Behinderungen durch die Baumaßnahme kommt.

Herr Franz schlägt vor, in dem Beschlussvorschlag unter Ziffer 1 zu ergänzen, dass die Maßnahme „Wertherstraße“ nach dem NRW-Tag umgesetzt wird. Dieses Datum in der Stadt solle nicht durch

Baumaßnahmen beeinträchtigt werden. Von den Anliegern sei der Hinweis gekommen, dass in der Friedrich-Verleger-Straße auch noch Kanalbauarbeiten anstehen. Es handele sich bei der Straße um eine wesentliche Verkehrsachse und es sei schwierig, wenn in diesem Bereich noch zusätzliche Baumaßnahmen hinzukommen. Weiter habe es Beschwerden der Anlieger gegeben, dass die Information über die Baumaßnahme nicht immer optimal gelaufen sei. Es habe Klagen gegeben, dass man plötzlich nicht zu seinem Laden kommen konnte, weil die Zuwegung aufgerissen war. Den Dialog mit den Anliegern und den Geschäftsleuten habe man bei anderen Baumaßnahmen besser hinbekommen.

Herr Moss antwortet, dass im Jahr 2012 am Kesselbrink stark gearbeitet wurde, und es auch eine große Kanalbaumaßnahme in der Friedrich-Ebert-Straße gegeben habe. Natürlich sei dieses für die Geschäftsleute nicht gut gewesen. Die Alternative sei nur gewesen, die Maßnahme zu strecken. Dann würde es eine Baustelle von 3 Jahren gegeben haben. Man habe dieses komprimiert in einer Baumaßnahme von 14 Monaten. Die Kanalbaustelle an der Friedrich-Ebert-Straße sei sogar 11 Monate früher fertig geworden. Es sei ein Baustellenbüro vorhanden und die dortigen Mitarbeiter seien bekannt. Die Mitarbeiter seien jederzeit ansprechbar. Die Ausbaupläne für die Parkplätze seien bereits vor 2 Jahren beschlossen worden. Die Arbeiten, die noch im April durchgeführt werden, beziehen sich ausschließlich auf die Betonierarbeiten. Die Markteröffnung kann ohne Probleme durchgeführt werden. Er bestätigt, dass es noch eine Kanalbaumaßnahme im unteren Teil der Friedrich-Verleger-Straße zwischen dem Jahnplatz und der Straße am Kesselbrink geben wird. Darüber habe der Umweltbetrieb informiert. Diese Baumaßnahme tangiere aber nicht die Baumaßnahme am Kesselbrink. Die August-Bebel-Straße werde voll gesperrt werden, und man werde großräumig auf diese Sperrung hinweisen. Die Verkehre sollen umgeleitet werden über die Straße am Stadtholz und die Herforder Straße. Man möchte mit kurzen Bauzeiten reagieren, daher sei die Vollsperrung erforderlich.

Herr Schmelz hat kein Verständnis, dass die Planungen immer wieder infrage gestellt werden. Man solle Einzelanliegen wegen fehlender Parkplätze nicht so ernst nehmen. Sein Eindruck sei, dass die Geschäftsleute sogar mit einer Verkehrsberuhigung der Friedrich-Ebert-Straße und des Jahnplatzes einverstanden wären.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass es sehr wichtig sei, bei einer Vollsperrung der August-Bebel-Straße die Erreichbarkeit der Geschäfte sicherzustellen. Es gehe hier um die Existenzen der Geschäftsleute. Er verweise auf die guten Erfahrungen beim Umbau der Detmolder Straße und der Engerschen Straße.

Frau Pape findet es gut, dass die Prioritäten zwischen der Wertherstraße und dem Kesselbrink getauscht wurden.

Herr Franz begrüßt, dass die Bereitschaft vorhanden, das, was möglich ist, an provisorischen Stellplätzen einzurichten.

Herr Bolte fragt nach den Kosten für die Ersatzparkplätze.

Herr Thiel antwortet, dass man bis vor kurzem noch davon ausgegangen

sei, dass die Baumaßnahme in 2014 beginne. Die Einrichtung von provisorischen Stellplätzen für ein Jahr hätte rund 60.000 Euro für beide Straßen gekostet. Diese Kosten werden jetzt deutlich unterschritten, weil ganz einfache Lösungen angestrebt werden. Es müssen jedoch zur Verhinderung von Dauerparken Parkscheinautomaten aufgestellt werden. Diese werden auch zu entsprechenden Einnahmen führen. Die Baumaßnahme Wertherstraße werde nach dem NRW-Tag im Juli 2014 beginnen und im Frühjahr 2015 enden. Auf Nachfrage von Frau Brinkmann antwortet Herr Thiel, dass für beide Maßnahmen durch den Tausch keine Zuschüsse verloren gehen.

Herr Fortmeier stellt fest, dass der Dringlichkeitsantrag von Herrn Meichsner zu TOP 6 behandelt sei.

Herr Moss erläutert, dass jetzt erst die politischen Beschlüsse eingeholt werden, der Haushalt genehmigt werden muss und die Detailplanung abgesegnet werden muss. Erst dann werde man die Öffentlichkeit entsprechend informieren, ein Baustellenbüro einrichten und eine Hotline schalten.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen

der Produktgruppen	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	mit Finanz- erträgen
	in Höhe von	in Höhe von	in Höhe von
11.01.25	0 €	0 €	0 €
11.02.07	544.000 €	1.123.930 €	0 €
11.12.01	19.743.768 €	51.710.589 €	35.000 €
11.12.02	1.276.979 €	10.629.575 €	0 €
11.12.03	67.500 €	964.839 €	0 €
11.12.04	7.188.952 €	7.119.370 €	0 €

wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (Anlage 1) mit Abweichungen zum Haushaltsplanentwurf zu Produktgruppe 11.12.01 und 11.12.03 zugestimmt.

2. Den Teilfinanzplänen A

der Produkt-	mit investiven Einzahlungen	mit investiven Auszahlungen	mit Verpflichtungs- ermächtigungen
-------------------------	--	--	---

gruppen	in Höhe von	in Höhe von	in Höhe von
11.02.07	0 €	300 €	0 €
11.12.01	5.251.283 €	5.035.600 €	3.565.000 €
11.12.02	200.000 €	1.036.600 €	0 €

wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (Anlage 2) mit Abweichungen zum Haushaltsplanentwurf in der Produktgruppe 11.12.01 zugestimmt.

3. Den Maßnahmen der Teilfinanzpläne B der Produktgruppen 11.02.07, 11.12.01 und 11.12.02 wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (Anlage 2) zugestimmt. Eine aktuelle Übersicht über alle Investitionsmaßnahmen ist als Anlage 3 beigelegt.
4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.02.07, 11.12.01 und 11.12.02 wird zugestimmt.
5. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen

11.02.07 - Verkehrsangelegenheiten
 11.12.01 - Öffentliche Verkehrsflächen
 11.12.02 - Verkehrsanlagen
 11.12.03 - Verkehrliche Planung
 11.12.04 - ÖPNV

wird zugestimmt.

6. Der Fortführung der HSK-Maßnahmen

Nr. 186 - Sonstige Erträge - Einnahmesteigerung aus Verpachtung von Plakatanschlägen
 Nr. 211 - Reduzierung der Personalkosten
 Nr. 212 - Einsparungen durch Entzerrung der Schulbeginnzeiten

wird unter Berücksichtigung der textlichen Änderung zu Maßnahme 212 zugestimmt (s. Anlage 4).

7. Dem Stellenplan 2013 für das Amt für Verkehr wird zugestimmt (Anlage 5).

- einstimmig beschlossen -

Anschließend stellt Herr Fortmeier den Beschlussvorschlag der Nachtragsvorlage, ergänzt um den Antrag von Herrn Franz, dass unter Ziffer 1 eingefügt wird, dass die Maßnahme nach dem NRW-Tag beginnt, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Haushaltsplan 2013 (Drucksachen-Nr. 5029/2009-2014) mit den Änderungen dieser Vorlage zu beschließen.

1. Den beiden Maßnahmen der Teilfinanzpläne B (PG 11.12.01) „Werther Straße“ (s. Haushaltsplanentwurf Band II Seiten 1004 und 1078) und „Kesselbrink umgebende Straßen“ (s. Haushaltsplanentwurf Band II Seiten 1003 und 1077) wird abweichend vom Entwurf gemäß der beigefügten Anlage zugestimmt. Hierdurch kann die Maßnahme „Kesselbrink umgebende Straßen“ bereits in 2013 begonnen und bis Juni 2014 fertig gestellt werden. Die Maßnahme „Werther Straße“ wird in 2014 umgesetzt, beginnend nach dem NRW-Tag.
2. In den Haushalt 2013 wird eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 900.600 € für die Maßnahmen „Kesselbrink“ und „Werther Straße“ eingestellt.

- einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 4.5 Umsetzung HSK-Plus im Dezernat 4

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5214/2009-2014

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Konkretisierung des Anteils des Dezernates 4 in Höhe von 229.000 € an der HSK-Plus-Maßnahme „pauschaler Minderaufwand 2,6 Mio. €“ zu.

dafür: 8 Stimmen

dagegen: 6 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

- mit Mehrheit beschlossen -

...-

Zu Punkt 5 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 5.1 Umgestaltung der Otto-Brenner-Straße zwischen Haus Nr. 238 und Detmolder Straße sowie der Osningstraße zwischen Detmolder Straße und Haus Hr. 86 im Rahmen der geplanten Fahrbahndeckensanierungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4317/2009-2014
 Drucksachennummer: 4317/2009-2014/1
 Drucksachennummer: 4317/2009-2014/2
 Drucksachennummer: 4317/2009-2014/3

Herr Moss teilt mit, dass es nach der Bürgerinformationsveranstaltung ein sehr indifferentes Bild gegeben habe. Es sei sowohl Zustimmung als auch Ablehnung zu der Planung geäußert worden. In der 3. Nachtragsvorlage habe man daher am Knotenpunkt Lipper Hellweg einen lokal begrenzten Verkehrsversuch vorgeschlagen. Dieser Vorschlag sei von der Bezirksvertretung abgelehnt worden. Die Bezirksvertretung habe es jedoch versäumt einen Positivbeschluss zu fassen, um den er heute bitte.

Herr Hoffmann sieht keinen Handlungsbedarf diesen Straßenbereich umzugestalten. Nach Auskunft der Polizei sei hier kein Unfallschwerpunkt vorhanden. Die Straße werde täglich von 30.000 Fahrzeugen befahren. Nur 8 % dieser Fahrzeuge fahren zu schnell, wobei wiederum ein Großteil davon im Toleranzbereich von 51 bis 60 km/h geblitzt werde. Er schlage vor, bei der derzeitigen Haushaltslage diese Kosten zu sparen. Es handele sich um eine irrsinnige Maßnahme, die im Rahmen der Ausgabendisziplin beerdigt werden müsse.

Herr Franz weist darauf hin, dass es hier nicht um den Unfallschwerpunkt gehe, sondern darum, dass der Zustand der Straße nicht mehr dem Standard entspreche, weil kein Fahrradstreifen vorhanden sei. Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und die FDP-Fraktion stelle er folgenden **Änderungsantrag**:

Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages soll lauten:

Der in der geänderten Ursprungsvorlage beschriebenen Umgestaltung der Osningstraße zwischen Detmolder Straße und Hausnummer 86 wird zugestimmt. Die Verkehrsführung für die Lonnerbachstraße wird beibehalten.

Eine Versuchslösung, wie in dieser Nachtragsvorlage unter der ursprünglichen Nr. 2 vorgeschlagen, werde nicht für sinnvoll gehalten. Deshalb solle die Ziffer 2 wie gerade angesprochen geändert werden.

Herr Schmelz stellt fest, dass Herr Hoffmann und die CDU diesen TOP schon häufiger für eine einseitige autogerechte Stadtentwicklung genutzt haben. Bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes müsse sich jedoch auch berücksichtigt werden, dass es noch Fußgänger und insbesondere hier Schüler und Radfahrer gebe.

Herr Julkowski-Keppler weist darauf hin, dass es für die Anwohner auch möglich gemacht werden müsse, den Nahverkehr per Fahrrad zu erledigen. Man könne sicher an den Radverkehrsanlagen mehr machen, wie jetzt vorgesehen sei. Er sehe den Umbau als einen wichtigen Schritt um mit dem Radverkehr hier überhaupt voranzukommen. Mit dem von Herrn Franz vorgestellten Änderungsantrag soll der von Herrn Moss

anfangs angesprochene Positivbeschluss nachgeholt werden.

Herr Stiesch verweist darauf, dass es keinen Sinn mache, wenn man von einer einspurigen Straße auf eine zweispurige Straße wechselt.

Herr Nettelstroth widerspricht, weil von dieser Straße zwei wichtige Straßen abgehen. Es mach Sinn die Straßen in der jetzigen Form zu belassen, damit sie den Verkehr abwickeln können. Herr Nettelstroth **beantragt** aus dem Beschlussvorschlag der Nr. 1 der letzte Satz, dass die heute freien Rechtsabbieger zukünftig signalisiert werden, herausgenommen wird. Dann könnte seine Fraktion diesem Punkt 1 zustimmen. Eine Signalisierung der heute freien Rechtsabbieger würde zu einem weiteren Rückstau führen. Im Übrigen könnten sie dem weiteren Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Auf Vorschlag von Herrn Franz wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Sitzungsunterbrechung von 18.43 bis 18.48 Uhr.

Herr Franz teilt mit, dass man den Wunsch der CDU-Fraktion, auf die Signalisierung der heute freien Rechtsabbieger zu verzichten, nicht zustimmen könne. Hierzu gebe es ein eindeutiges Votum des Behindertenbeirats und die Sorge um die Verkehrssicherheit.

Herr Fortmeier schlägt eine getrennte Abstimmung auf der Grundlage des Beschlussvorschlages der 2. Nachtragsvorlage (Ds.-Nr. 4317/2009-2014/2) vor.

Zunächst stellt er von der Nr. 1 des Beschlussvorschlages den 1. Satz zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Umgestaltung der Otto-Brenner-Straße zwischen Haus Nr. 238 bis einschließlich dem Knotenpunkt mit der Detmolder Straße wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Anschließend wird über den 2. Satz der Nr.1 abgestimmt:

Beschluss:

Die heute freien Rechtsabbieger werden zukünftig signalisiert.

dafür: 9 Stimmen

dagegen: 6 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

Über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion ergeht folgender

Beschluss:

Der in der geänderten Ursprungsvorlage beschriebenen Umgestaltung zwischen Detmolder Straße und Haus Nr. 86 wird zugestimmt. Die Verkehrsführung für die Lonnerbachstraße wird beibehalten.

- bei 6 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Anschließend wird über die Nr. 2 des Beschlussvorschlages abgestimmt, ergänzt um den Zusatz, dass die Verkehrsführung für die Lonnerbachstraße beibehalten wird, aus dem vorherigen Beschluss.

Beschluss:

Der Umgestaltung der Osningstraße zwischen Detmolder Straße und Haus Nr. 86 wird mit den Ergänzungen / Anpassungen der Planung aus der 1. Nachtragsvorlage und dieser Nachtragsvorlage zugestimmt. Die Verkehrsführung für die Lonnerbachstraße wird beibehalten.

dafür: 9 Stimmen

dagegen: 6 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

Über die Nr. 3 ergeht folgender

Beschluss:

Der Fahrspurreduzierung der Osningstraße zwischen Hanglehne und Grenze der Ortsdurchfahrt durch Markierung wird zugestimmt.

dafür: 9 Stimmen

dagegen: 6 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/ B 58 "Wohngebiet Auf den Hüchten" für die Fläche des Gebietes nördlich der Enniskillener Straße, westlich der Straße "Auf den Hüchten" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
- Stadtbezirk Brackwede -
Aufstellungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5013/2009-2014

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 5.3 **Vorhaben von besonderer Bedeutung**
Machbarkeitsstudie "Neue Mitte" Baumheide
Zwischenbericht
Weiteres Vorgehen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4917/2009-2014

Frau Wocken stellt den Zwischenbericht zur Machbarkeitsstudie „Neue Mitte“ Baumheide und die Vorschläge zum weiteren Vorgehen anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Herr Fortmeier dankt Frau Wocken für diesen sehr interessanten Bericht und hofft das baldmöglichst weitere Schritte eingeleitet werden können. Das Quartier Baumheide habe eine Attraktivitätssteigerung verdient.

Herr Nettelstroth stimmt zu, dass dieser Bereich in Angriff genommen werden müsse. Dem Beschlussvorschlag sollte daher zugestimmt werden. Gerade die Stadtbahn- und Busanbindung sei hier von wichtiger Bedeutung. Die Stadtbahnhaltestelle müsse offener werden, um Angsträume zu vermeiden. Außerdem müssten die angesprochenen Kreisverkehre realisiert werden.

Beschluss:

1. **Der Zwischenbericht zur Machbarkeitsstudie „Neue Mitte“ Baumheide wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Anträge**

Zu Punkt 6.1 **Restbaumaßnahmen Kesselbrink**
(Antrag der CDU-Fraktion vom 27.01.2013)

Herr Fortmeier teilt mit, dass dieser TOP, der als Dringlichkeitspunkt heute in die Tagesordnung aufgenommen wurde, bereits unter TOP 4.4 abschließend behandelt wurde.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Immobilienervicebetrieb

Zu Punkt 7**Umsetzung der Maßnahmen des "Konzeptes zur Entwicklung der Burg- und Festungsanlage Sparrenburg" - Besucherinformationszentrum und Umsetzung der Maßnahme Informationspunkt auf dem Johannisberg -**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5209/2009-2014

Herr Fortmeier berichtet, dass in der Arbeitsgruppe Sparrenburg sehr zielführend gearbeitet wurde und die nötigen Entscheidungen getroffen wurden. Er wünsche sich, dass das Besucherinformationszentrum zum Jubiläumsjahr fertig ist. Der geplante Architektenwettbewerb dürfe daher nicht unendlich lange dauern. Es sei erforderlich, dass dieser Ausschuss abschließend vor der Sommerpause über das Besucherinformationszentrum beschließt. Dieses sei dringend nötig, damit bis zum Jahresende umgebaut werden kann. Es seien jetzt Anstrengungen erforderlich, damit diese zeitliche Dimension erfüllt werden kann.

Herr Nettelstroth bestätigt, dass in der Arbeitsgruppe Sparrenburg sehr konstruktiv gearbeitet wurde. Ihm sei nicht ganz klar, warum in dieser Vorlage der Johannisberg-Pavillon mit dem Besucherinformationszentrum zusammengefasst wurde. Es handle sich hierbei um zwei verschiedene Objekte, die in einem jeweils ganz anderen Umfeld stehen. Die nächste Frage sei, wie man den Wettbewerb jetzt möglichst schnell gestalten könne, um aussagekräftige Ergebnisse zu bekommen. Es sei jetzt auch wichtig, dass für den Wettbewerb Vorgaben gemacht werden, damit nicht völlig unbrauchbare Ergebnisse vorgelegt werden.

Herr Moss teilt mit, dass man mit diesem Wettbewerb einer Bitte des Beirates für Stadtgestaltung nachkomme. Man werde keinen formalen Wettbewerb durchführen. Es handle sich hier um eine klassische Mehrfachbeauftragung. Es sei angedacht, dass ausgewählte Architekturbüros um einen Vorschlag gebeten werden. In der Vorlage seien die Anforderungen für die Gestaltung des Besucherinformationszentrums an der Sparrenburg und zum Neubau des Informationspunktes auf dem Johannisberg genannt. Er schlage vor, dass das Auswahlgremium kurzfristig einmal zusammenkomme und bespreche, welche Parameter in die Ausschreibung aufgenommen werden sollen. Der Förderbescheid müsse auch dahingehend geprüft werden, welche Vorgaben sich daraus ergeben.

Frau Weiß erinnert an die weiteren offenen Themen in Bezug auf die Sparrenburg, zum Beispiel die Verkehrserschließung.

Herr Meichsner schlägt vor, dass man nach der Sitzung des Auswahlgremiums zum Botanischen Garten gehe um sich die Musterlampen anzusehen.

Herr Franz hält es auch für sinnvoll, wenn das Auswahlgremium über die

Ausschreibung und die Details berät. Er warne auch vor einer falschen Einheitlichkeit, weil es sich um zwei verschiedene und unterschiedliche Orte handele, wo die Besucherinformationszentren installiert werden sollen.

Herr Nettelstroth schlägt vor, heute über den Beschlussvorschlag Nr. 1 bis 4 abzustimmen. Der Beschlussvorschlag wurde in der BV Mitte, der BV Gadderbaum und dem BISB um eine Nr. 5 ergänzt, wo es im Wesentlichen um Gestaltungsfragen gehe. Hierüber könne in dem Auswahlgremium beraten werden.

Herr Fortmeier stimmt dem Vorschlag zu.

Frau Pape ist der Auffassung, dass die sanitären Anlagen nicht ausreichend sind. Sie halte es auch für unglücklich, wenn zwei neue Damen- WC's im zweiten Obergeschoss geschaffen werden. Sie beantrage eine Einzelabstimmung über Punkt 2.1 des Beschlussvorschlages – Abriss des WC-Gebäudes in der Süd-West-Kurtine.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass wenn nur über den Beschluss abgestimmt werde, die Beschlussergänzung wegfallen. Dieses bedeute, dass dann der Zusatz, dass die historischen Aspekte im Informationszentrum auf dem Johannisberg besonders zu berücksichtigen sei, nicht gelte.

Herr Moss sagt zu, diesen letzten Satz der Nr. 5 mit dem Johannisberg zu koppeln. Dieses halte er auch für sinnvoll.

Herr Fortmeier lässt zunächst über den Antrag von Frau Pape abstimmen:

Beschluss:

Unter 2.1 des Beschlussvorschlages wird der „Abriss des WC-Gebäudes in der Süd-West-Kurtine“ herausgestrichen.

dafür:	1 Stimme
dagegen:	13 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme
- mit Mehrheit abgelehnt -	

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

- Die Gremien nehmen zur Kenntnis, dass der Stadt Bielefeld im Rahmen des Wirtschaftsförderungsprogramms (RWP) - Aufbau und Weiterentwicklung touristischer Infrastrukturen - Fördermittel von 705.872 € für die Errichtung eines Besucherinformationszentrum auf dem Sparrenberg und dem Johannisberg zugesagt worden sind (2013: 156.000 € / 2014: 549.892 €). Die Eigenmittel betragen zusammen 176.468 €. Beide Maßnahmen müssen gemeinsam 2013 - 2014 realisiert werden,**

eine Trennung ist nicht möglich.

Im Wirtschaftsplan 2013 stehen die mit der Fördersumme korrespondierenden Eigenmittel zur Verfügung; die Ausfinanzierung ist über den Wirtschaftsplan 2014 sicherzustellen.

2. Zur weiteren Umsetzung des „Konzeptes zur Entwicklung der Burg- und Festungsanlage Sparrenburg“ werden folgende Einzelmaßnahmen (s. Anlageplan 1) beschlossen:

2.1 Aufwertung und Sanierung der Süd-West-Kurtine

- Abriss des WC-Gebäudes in der Süd-West-Kurtine
- Herstellung von Museumsfenstern in den Bögen der Süd-West-Kurtine
- Sanierung der Mauerkrone der Süd-West-Kurtine
- Herstellung eines Informationsweges in der Mauernische des ehem. WC-Gebäudes

2.2 Sanierung und Erweiterung der WC-Anlage im Restaurantgebäude zur öffentlichen Nutzung (s. Anlageplan 2)

2.3 Besucherinformationszentrum

- Neubau des Besucherinformationszentrums mit Kiosk nach Durchführung eines Verfahrens mit konkurrierenden Entwürfen
- Herstellen eines Vorplatzes für das Besucherzentrum mit Ausrichtung zur Brücke
- Strukturierung der öffentlichen und gastronomischen Flächen im Innenhof (s. Anlageplan 3)
- Abriss des Kassenhäuschens am Turm

3. Zur Umsetzung des Förderprogramms für die Weiterentwicklung touristischer Infrastruktur wird auf dem Johannisberg ein Informationspunkt errichtet (s. Anlageplan 4 - schematische Darstellung -).

4. Die Entscheidung über den umzusetzenden Entwurf zur Errichtung eines Besucherinformationszentrums auf der Sparrenburg und dem Johannisberg wird nach Vorberatung des Arbeitskreis Sparrenburg (ergänzt um den Vorsitzenden des AfUK, der Bezirksbürgermeisterin Gadderbaum (2 Mitglieder des Beirates für Stadtgestaltung) und Beteiligung der zuständigen Gremien im Stadtentwicklungsausschuss getroffen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Umweltamt

Zu Punkt 8

**2. Zwischenbericht zum Handlungsprogramm Klimaschutz
2008 bis 2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5202/2009-2014

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Amt für Verkehr

Zu Punkt 9

**Gesamtbericht 2011 nach Art. 7 EU-VO 1370/2007 der Stadt
Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5145/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

**Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den als Anlage beigefügten
Gesamtbericht 2011 nach Art. 7 Abs. 1 der EU-VO 1370/2007 der
Stadt Bielefeld zur Kenntnis.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5158/2009-2014

Herr Schmelz fragt, inwieweit die neuen Richtlinien für den Radverkehr umgesetzt wurden. Ihm fehle eine Ausführung dazu, dass der Radverkehr grundsätzlich auf der Straße geführt werden soll und nur in Ausnahmefällen über besondere Wege führt. Die Radwege auf dem Bürgersteig sollten der Vergangenheit angehören.

Herr Thiel antwortet, dass es zwar den Schwerpunkt bei den Fahrradstreifen gebe, die Radwege auf dem Bürgersteig aber nicht überall der Vergangenheit angehören. Nach der Novelle der Straßenverkehrsordnung sei die Überprüfung von 300 km Radwegen erforderlich. Es wird noch einige Zeit dauern, bis alle Straßen abgeprüft wurden.

Herr Julkowski-Keppler merkt an, dass in der Vorlage von der Bezirksvertretung Sennestadt angegeben wurde, dass die Sprungbachstraße keine ausreichende Sicherheit biete. Da es sich um eine Tempo 30-Zone handele, sei doch sehr fraglich, wie es hier zu einer Gefährdung der Radfahrer kommen könne. Seine Fraktion wird der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Beschluss:

- 1.) **Die Ergebnisse der Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld werden zur Kenntnis genommen.**
- 2.) **Dem Haupttroutennetz für den Radverkehr entsprechend der Anlage 1 (Untersuchung Radverkehrsnetz: Lageplan, Blatt - Nr. 2) wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Öffentliche Straßenbeleuchtung -LED-Leuchten-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5193/2009-2014

Drucksachenummer: 5193/2009-2014/1

Herr Fortmeier dankt der Verwaltung für die Erstellung dieser Nachtragsvorlage, die heute als Tischvorlage verteilt wurde. Diese beinhalte das Ergebnis der Arbeitsgruppe Beleuchtung vom 23.01.13.

Herr Thiel und Herr Schütte stellen die Änderungen der Nachtragsvorlage vor.

Herr Fortmeier stellt fest, dass die Arbeitsgruppe ein gutes Arbeitsergebnis erreicht habe.

Herr Meichsner äußert den Wunsch, dass sich der Arbeitskreis mit der Beleuchtung um die Sparrenburg befasst. Man sei dankbar für die Zusage der Stadtwerke. Es gebe aber noch zusätzliche Wünsche, wie die Ausleuchtung des Burgsteigs und einer Ausleuchtung der Straße zur Berglust. Hier sind auf jeden Fall auch die Bezirksvertretungen zu beteiligen, weil es die Möglichkeit gibt, einen Lampentyp auszusuchen.

Herr Fortmeier sagt zu, dass das Lichtkonzept demnächst in der Arbeitsgruppe Sparrenburg mit besprochen werde und stellt den Beschlussvorschlag der Nachtragsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Ein dritter Förderantrag zum Austausch von mit HQL-Lampen bestückten Leuchten an Hauptverkehrsstraßen soll kurzfristig im Frühjahr 2013 beim Bundesumweltministerium gestellt werden.
Der Beschluss des StEA's vom 01.06.2010 zum Einsatz von Leuchtentypen in Hauptverkehrsstraßen wird aufgehoben. Der über ein Ausschreibungsverfahren noch zu findende LED-Leuchtentyp soll auch beim zukünftigen Austausch von mit Natriumdampf-Lampen (NAV) bestückten Leuchten in Hauptverkehrsstraßen eingesetzt werden.
2. Der Bericht der Verwaltung zur Ausleuchtung der Althoffstraße in Bielefeld Mitte wird zur Kenntnis genommen. Die vorhandene Montageposition der Leuchten stellt bei den vorliegenden Randbedingungen eine Variante für die gleichmäßigere Ausleuchtung der Verkehrsfläche dar und sollte nicht verändert werden.
3. Bei ca. 170 Stück Sonderleuchten, die mit HQL-Leuchtmitteln betrieben werden, soll durch den Einsatz von Ersatzleuchtmitteln nach dem Jahr 2015 der Austausch der Leuchtenköpfe vermieden werden.
4.
 - 4.1: Mit anstehender Mastsanierung sollen die „Schneider-Leuchten“ im Verlauf der Universitätsstraße gegen die LED-Leuchte VFL540 ausgetauscht werden, wobei zuvor eine Abstimmung mit dem BLB hinsichtlich der von dort geplanten Beleuchtungsmaßnahmen im Bereich der Universität erfolgen soll.
 - 4.2: Mit anstehender Mastsanierung in der Stadtheider Straße sollen die vorhandenen Pilz-Opalglasleuchten gegen LED-Leuchten ausgetauscht werden, die an Hauptverkehrsstraßen zum Einsatz kommen sollen. Die neuen Maste sind entsprechend höher vorzusehen.
 - 4.3: In der Kronenstraße, dem Niederwall, der Renteistraße, dem Siekerwall und der Steinstraße sind an insgesamt 16 Leuchtenstandorten bei anstehendem Masttausch die vorhandenen Kofferleuchten entsprechend derausgewiesenen Gebiete gegen satinierte Pilzleuchten, Krefeld Vulkanleuchten oder VFL 540 LED-Leuchten auszuwechseln.
 - 4.4: Ergänzend zum Beschluss des StEA's vom 21.02.2012 zu TOP 11 unter Punkt 1 sollen Pilz-Klarglasleuchten in den Straßen Upmannstraße und Hochstraße montiert werden.
5. In Verbindung mit den anstehenden Straßenumbauarbeiten im Bereich des Kesselbrinks soll die LED-Leuchte VFL 540 in der Friedrich-Verleger-Straße mit Doppelauslegern zwecks Beleuchtung der Fahrbahn

und der Gehwege auf der Nordseite der Straße aufgestellt werden.

6. In herausgehobenen Parkanlagen(Bürgerpark und Wege von der Stadtbahnhaltestelle zur SchücoArena, Gellershagen Park sowie den Grünzugwegen um den Teich Bültmannshof) soll ein besonderer LED-Leuchtentyp zum Einsatz kommen, der noch für die Wege um die Sparrenburg oder die Wege im Botanischen Garten von den zuständigen Gremien ausgewählt werden muss.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Umbau der Einmündung Braker Straße (L 804) / Grundstraße zu einem Kreisverkehrsplatz**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5175/2009-2014

Auf Nachfrage von Herrn Nettelstroth teilt Herr Thiel mit, dass die angrenzenden Straßen in schlechtem Zustand seien. Für die Instandsetzung der maroden Straßen werde die Stadt nach dem Durchführungsvertrag rd. 40.000 € zahlen.

Herr Meichsner fragt, wieviel der Bürger für diese Maßnahme zahlen muss.

Herr Thiel bestätigt, dass für diese Maßnahme keine KAG-Beiträge erhoben werden.

Beschluss:

Die Einmündung Braker Straße / Grundstraße ist zu einem Kreisverkehrsplatz entsprechend der vorgelegten Planung umzubauen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Bahnübergänge Fechterweg und Klashofstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4813/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Bielefeld beschließt,

- **den Bahnübergang Fechterweg in Senne gemäß Planungsvariante 4 (Ausbau mit Halbschranken) umzubauen,**
- **den Bahnübergang Klashofstraße in Senne mit einer Schrankenanlage umzubauen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Bahnübergang Bleicherfeldstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4815/2009-2014

Herr Fortmeier stellt den, um den 2. Absatz erweiterten Beschluss, der Bezirksvertretung Sennestadt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Bielefeld beschließt, den Bahnübergang Bleicherfeldstraße gemäß Variante 2 der Begründung umzubauen und eine BÜSTRA-Anlage nachzurüsten.

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, eine adäquate Zwischenlösung bis zur endgültigen Baumaßnahme für den Bereich des Bahnübergangs Bleicherfeldstraße zu finden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Bauamt

Zu Punkt 15 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5161/2009-2014

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 16 Sachstand Masterplan Innenstadt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5241/2009-2014

Frau Weiß bemängelt, dass eine kritische Reflektion der Arena und anderer Komponenten des Masterplanverfahrens in dieser Vorlage nicht erfolge. Am Ende der Arena und des Innenstadtforums hätten die „Masterplaner“ öffentlich mitgeteilt, dass Bedarf bestehe, das Verfahren zu reflektieren. Es müsse darüber gesprochen werden, wie es bisher gelaufen sei, bevor die zweite Phase des Verfahrens beginne. Sie schlage daher eine außerordentliche Sitzung der Lenkungsgruppe vor. Besonders misslich sei gewesen, dass für den Prozess lediglich die Eigentümer und die allgemeine Bevölkerung angesprochen wurde. Die Gewerbetreibenden habe man nicht gezielt angesprochen. Dabei können und wollen diese das Quartier wirtschaftlich weiter entwickeln.

Herr Schmelz stimmt dem Beitrag von Frau Weiß zu. Wenn diese Lenkungsgruppe Sinn machen soll, hätte sie zeitnah nach den Foren tagen müssen und diese bewerten müssen. Es sei mehrfach der Wunsch geäußert worden, dass die Lenkungsgruppe noch vor dieser Sitzung einberufen wird. Die Verwaltung habe jedoch nicht reagiert. Es müsse ein neuer Modus gefunden werden, wann die Lenkungsgruppe einzuberufen ist.

Herr Meichsner schließt sich seinen Vorrednern an. Es wäre sicherlich sehr sinnvoll gewesen, wenn nach dem Fiasko und den kritischen Stimmen in den Foren ein „Brainstorming“ durchgeführt worden wäre. MoBiel führe jetzt mit dem Kommunikationskonzept Stadtbahn 2030 ein eigenes Verfahren durch. Er frage sich, wie man dieses hinterher alles miteinander verknüpfen möchte. Er stelle fest, dass dieses für den Bürger alles nicht mehr nachzuvollziehen sei. Außerdem habe er schon zweimal darum gebeten, dass wenn es Informationsmaterial für den Bürger herausgegeben würde, er diese Unterlagen auch gerne bekommen würde. Er sei sehr erstaunt, wenn er lese, was alles verteilt worden ist. Es könne auch nicht erwartet werden, dass man jeden Tag im Internet nachsehe, ob es in diesem Bereich etwas Neues gebe. Er fordere auch, baldmöglichst die Lenkungsgruppe einzuberufen, damit mit dem Büro Scheuven und Wachtens ein Zwischenresümee gezogen werden könne.

Herr Moss bestätigt, dass die Öffentlichkeitsveranstaltung Arena Innenstadt am 14.11.2012 enttäuschend verlief. Vorher hätten jedoch zwei sehr gute Veranstaltungen mit den Eigentümern des Wilhelmstraßen-Quartiers und des Kaufhofquartiers stattgefunden. Beide Veranstaltungen seien sehr effektiv gewesen und hätten sehr gute Ergebnisse gebracht. Man habe sehr intensiv mit dem Büro Scheuven und Wachtens diskutiert, ob bereits jetzt eine Lenkungsgruppe einberufen werden sollte. Man sei dort der Auffassung gewesen, zunächst die formelle frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und die Wiederholung der Arena-Veranstaltung am 21.03.2013 abzuwarten. Das Büro habe vorgeschlagen nach der Auswertung dieser beiden Termine die Lenkungsgruppe einzuberufen. So sei der Termin am 16.04.2013 entstanden. Es habe jedoch niemand ein Problem damit, wenn diese Lenkungsgruppe eher einberufen werden soll. Er habe jedoch ein Problem damit, wenn dieses Verfahren in der Politik bereits einen negativen „Anstrich“ bekommen habe.

Frau Weiß widerspricht, weil es nicht darum gehe, den gesamten Prozess in Frage zu stellen. Es gehe auch nicht darum das nur eine

Veranstaltung nicht gut gelaufen sei.

Herr Moss erläutert, dass die Besonderheit des Verfahrens darin besteht, dass zu Beginn eine frühzeitige Beteiligung offen und ohne Vorgaben erfolgt. So offen werde zu den Veranstaltungen eingeladen und die Politik und alle Beteiligten sollen frühzeitig erklären können, welche Anregungen sie haben. Dieses sei ungewohnt und viele hätten ein Problem damit, ihre Erwartungen zu formulieren. Es gehe hier nicht darum, über eine ECE Planung zu reden. Da der Prozess ohne Vorgaben beginnt, können frühzeitig und offen die Vorschläge von den Beteiligten eingebracht werden.

Herr Schmelz bemängelt, dass 3 Veranstaltungen an einem Tag stattgefunden haben. Auch die Eigentümer hätte sicherlich Interesse daran gehabt zu erfahren, was sich die Bürger wünschen. Es könne von niemand erwartet werden, dass er an der Morgen- und Abendveranstaltung teilnimmt.

Herr Franz hält es auch wegen der unterschiedlichen Wahrnehmungen für sinnvoll, wenn sich die Lenkungsgruppe vor dem nächsten Arenatermin mit dem Masterplaner zusammensetzt. Er habe die Sorge, dass die Unterschiedlichkeit der Einschätzungen zu einem negativen Meinungsbild führen könne.

Herr Fortmeier bittet die Verwaltung die Lenkungsgruppe für den Februar einzuberufen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 17

Beirat für Stadtgestaltung mündlicher Bericht

Herr Fortmeier verweist auf die als Tischvorlage verteilten Gesprächsprotokolle vom 11.01.2013. Bei diesem Termin habe er sich mit der Verwaltung und den Mitgliedern des Beirates für Stadtgestaltung zusammengesetzt um die Zusammenarbeit des Beirates mit den politischen Gremien zu besprechen. Dieser Termin habe zwar ohne Herrn Nettelstroth, aber in enger Abstimmung mit Herrn Nettelstroth stattgefunden. In der Vergangenheit habe es Reibungsverluste und Kommunikationsprobleme in der Zusammenarbeit gegeben. Er habe dort vorgeschlagen, den Beirat für Stadtgestaltung enger an den Stadtentwicklungsausschuss zu koppeln. Der Stadtentwicklungsausschuss soll dabei als „Auftraggeber“ an den Beirat agieren. Die Projekte, die an den Beirat gegeben werden, sollen sich aus der eigenen Diskussion, aus den Bezirksvertretungen oder aus Bauvoranfragen der Verwaltung ergeben. Ein Mitglied des Beirates soll deren Empfehlungen künftig in nichtöffentlicher Sitzung im Stadtentwicklungsausschuss vorstellen. Hierfür könne er sich vorstellen, dass man zukünftig von 17.00 Uhr bis 17.30 Uhr mit der nicht öffentlichen Sitzung beginne und das Beiratsmitglied die Empfehlungen

des Beirates vorstelle. Er könne sich eine Praxisübung für diese Berichterstattung für die Sitzung nach Ostern vorstellen.

Herr Nettelstroth bestätigt, dass man diese Verzahnung zwischen Stadtentwicklungsausschuss und Beirat hinbekommen müsse, damit man den Nutzen aus dem Sachverstand des Beirates ziehen kann. Es müssen auch Kriterien für die Verwaltung aufgestellt werden, damit diese im Vorfeld schon für mögliche Projekte sensibilisiert wird. Bisher sei festzustellen, dass zwischen der Politik und der Verwaltung oft unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, welches Vorhaben von besonderer Bedeutung sind.

Frau Weiß bedankt sich für diesen eingeleiteten Schritt und sieht eine gute zukünftige Entwicklung. Es müsse jedoch noch geklärt werden, welche Rolle die Beschlüsse des Beirates zukünftig einnehmen. Als problematisch habe es der Beirat wohl in der Vergangenheit empfunden, dass seine Beschlüsse keine Verbindlichkeit haben.

Herr Fortmeier glaubt, dass dieser Eindruck beim Beirat entstanden ist, weil es keine Unmittelbarkeit zwischen dem Beirat und der Politik gegeben habe. Jetzt soll eine unmittelbare Beratung über die Empfehlungen des Beirates im Stadtentwicklungsausschuss erfolgen. Der Vertreter des Beirates würde dann auch mitbekommen, warum ein Rat des Beirates nicht angenommen wird.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt	<u>Bauamt/Bauleitpläne</u>
Zu Punkt 18	<u>Bauleitpläne Brackwede</u>
	- keine -

Zu Punkt 19	<u>Bauleitpläne Dornberg</u>
	- keine -

Zu Punkt 20	<u>Bauleitpläne Gadderbaum</u>
	- keine -

Zu Punkt 21	<u>Bauleitpläne Heepen</u>

**Zu Punkt 21.1 Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/ Br 36
"Spiekeroogstraße/ Braker Straße" für eine Teilfläche südlich
der Braker Straße/ nördlich der Spiekeroogstraße im
beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
Entwurfsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5153/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. III / Br 36 „Spiekeroogstraße / Braker Straße" wird für eine Teilfläche südlich der Braker Straße/ nördlich der Spiekeroogstraße mit der Begründung gemäß § 2a Baugesetzbuch (BauGB) als Entwurf beschlossen.
2. Gemäß § 4 (2) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des Bebauungsplanes einzuholen.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist mit dem Text, der Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB bekannt zu machen.
4. Die Information der Verwaltung zur beabsichtigten Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung gemäß § 13a (2) BauGB für die Wohnbaufläche Spiekeroogstraße / Braker (beabsichtigte Berichtigung 4/2012) wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 22 Bauleitpläne Jöllenbeck

- keine -

Zu Punkt 23 Bauleitpläne Mitte

**Zu Punkt 23.1 Sanierungsgebiet "Südliche Innenstadt-Turnerstraße und
Umgebung", Änderung der Sanierungsziele**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5157/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet „Südliche Innenstadt – Turnerstraße und Umgebung“ werden entsprechend der geplanten städtebaulichen Entwicklung geändert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 23.2 Satzung über die nochmalige Verlängerung der Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/88.00 "Am Uhlenteich") - Stadtbezirk Mitte - Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5144/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/88.00 "Am Uhlenteich") wird beschlossen. Für die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan im Maßstab 1:1.000 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 24 Bauleitpläne Schildesche

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 25 Bauleitpläne Senne

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 26 **Bauleitpläne Sennestadt**

Zu Punkt 26.1 **Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/ St 50 "Wohnen und Arbeiten auf dem Schillinggelände" für das Gebiet Paderborner Straße, Altmühlstraße sowie 229. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) Baugesetzbuch**
- Stadtbezirk Sennestadt -
- Aufstellungsbeschluss und Änderungsbeschluss
- Beschluss zur Einleitung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5160/2009-2014

- abgesetzt -

Zu Punkt 27 **Bauleitpläne Stieghorst**

- keine -
